

**Rede
von**

Björn Meyer, MdL

zu TOP Nr. 3b

Aktuelle Stunde

**Familien steuerlich entlasten statt belasten.
Ehegattensplitting erhalten**

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/8592

während der Plenarsitzung vom 08.10.2025
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Heute Morgen musste ich erst mal gucken, ob ich mit Hannover den richtigen Bahnhof ausgewählt habe, denn wir sprechen gerade über ein Thema, das eigentlich in Berlin diskutiert wird - aber okay.

Wir haben über den Bundesrat natürlich gewisse Eingriffsmöglichkeiten, und meinetwegen können wir uns mit dem Thema einmal grundsätzlich beschäftigen.

Aber ich muss auch sagen: Wenn Sie in einer Aktuellen Stunde Bundespolitik auf die Tagesordnung heben, spricht das ja wohl ganz eindeutig für die Arbeit unseres Ministerpräsidenten Olaf Lies und seiner Mannschaft. Denn dann haben Sie offensichtlich in Niedersachsen keine Themen gefunden.

Meine Damen und Herren, haben Sie einen Ehegatten schon einmal sagen hören: „Für mich wird es sich wohl nicht lohnen, noch mehr zu arbeiten“? Ich glaube, wohl. In der Regel sind diese Ehegatten gerade dann nicht im Unrecht, wenn der andere Partner - und meistens ist es *der* Partner - besonders viel verdient. Freibeträge sind schon verbraucht, und der sogenannte Grenzsteuersatz, der für jeden zusätzlich verdienten Euro bezahlt werden muss, liegt im Extremfall über 50 Prozent. Es ist also möglich, dass man selbst relativ wenig verdient, aber trotzdem für jeden dazuverdienten Euro schon den Höchststeuersatz zahlen darf.

Sehr geehrte Damen und Herren, das motiviert nicht unbedingt dazu, mehr zu arbeiten. Das ist übrigens auch ganz unabhängig davon - und das ist das Entscheidende bei der Frage, ob ich über Familien spreche oder über ein Steuerprivileg -, ob Kinder im Haushalt leben oder nicht. Denn das Ehegattensplitting bevorteilt auch Menschen, die keine Kinder haben. Damit, meine Damen und Herren, wird ein althergebrachtes Rollenbild zementiert.

Sehr geehrte Damen und Herren der AfD, Sie wollen mit dieser Aktuellen Stunde vermeintlich die Familie verteidigen, doch in Wahrheit verteidigen Sie ein Rollenbild der 1950er-Jahre, ein Familienbild, das längst nicht mehr der Lebensrealität vieler Menschen in Niedersachsen entspricht.

Sie sprechen vom Erhalt des Ehegattensplittings und auch von der Erweiterung auf das Familiensplitting, als ginge es darum, Familien zu schützen. Doch tatsächlich schützt dieses System vor allem eines: das traditionelle Alleinverdienermodell.

Bei der Einführung im Jahre 1958 war der Gedanke wahrscheinlich sogar fortschrittlich.

Heute aber ist es schlicht nicht mehr gerecht, das Ehegattensplitting so beizubehalten, auch wenn es wahrscheinlich noch Jahre lang bleiben wird. Der Kollege Hilbers hat ja gerade schon gefragt, was finanziell dahintersteckt: Rund 20 Milliarden Euro geben wir als Staat im Jahr für das Ehegattensplitting aus. Das ist Geld, das überwiegend an Haushalte mit hohem Einkommen fließt. Das ist Geld, das überwiegend an Haushalte fließt, in denen einer sehr viel verdient und die andere Person sehr wenig. Sie sprechen auch das Familiensplitting an: Das kostet uns noch einmal ungefähr 20 Milliarden Euro - das ist die Minimalschätzung. Wenn wir das auf Niedersachsen runterrechnen würden, wären wir bei ungefähr 1 Milliarde Euro. Das ist übrigens das nächste Steuergeschenk, das Sie - nach der Grunderwerbssteuer im letzten Monat - hier versprechen. Diese Milliarde sehe ich dann hoffentlich auch in Ihrem Änderungsantrag zum Haushalt 2026.

Meine Damen und Herren, damit wirkt das Familiensplitting weniger familienpolitisch und mehr einkommenspolitisch, und zwar zulasten vieler kleinerer und mittlerer Einkommen. Wenn Sie Familien also wirklich entlasten wollen, dann sagen Sie bitte ehrlich, welche Familien Sie meinen: Sind es die Alleinerziehenden, die jeden Monat kämpfen, um Miete und Lebensunterhalt zu stemmen? Sind es Eltern, die beide arbeiten, um Wohnen, Energie und Lebensmittel zu bezahlen? Oder sind es Ehepaare mit hohem Einkommen, bei denen der eine Partner viel verdient und der andere wenig? Genau die wollen Sie nachhaltig entlasten. Und das, meine Damen und Herren, ist nicht gerecht.

Übrigens, nebenbei bemerkt: Gerade, wenn Sie das Familiensplitting noch dazunehmen wollen, ist Ihre Aktuelle Stunde auch nicht gerade ein Vorschlag zum Bürokratieabbau. Das Ehegattensplitting macht das Steuerrecht nicht gerade einfacher, sondern komplizierter.

Herr Lilienthal, Sie haben in der Finanzverwaltung gearbeitet. Die Zusammenveranlagung ist das eine, aber das andere ist, wenn ein Ehegatte die Aufteilung der steuerlichen Gesamtschuld beantragt. Dann wird es richtig kompliziert. Wenn ich mir das für Familien vorstelle, wird es richtig spannend. Dann wird die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern nicht unbedingt weniger.

Unsere Haltung als SPD ist klar: Wir wollen Familien stärken - alle Familien. Wir wollen gezielt in Kinder investieren, in Betreuung, in Chancengerechtigkeit. Dazu finden Sie - und da kommen wir endlich zur Landespolitik - vieles im Haushalt 2026: zum Beispiel die Unterstützung der Kommunen mit 250 Millionen Euro für Kita-Personal, zum Beispiel 1 350 zusätzliche Lehrkräfte, zum Beispiel Tablets für Schülerinnen und Schüler ab der 7. Klasse. Familienpolitik ist zum Glück mehr als Steuerpolitik. Wir als Sozialdemokraten möchten alle Familien entsprechend entlasten. Dazu gehören die klassischen Ehepaare mit Kindern - zum Beispiel meine Familie -, Alleinerziehende, Regenbogenfamilien und Patchwork-Familien. Denn alle

Kinder haben das Recht auf Unterstützung, und alle Kinder haben das Recht auf Bildung und gute und gleichwertige Lebensverhältnisse.

Danke schön.